

Der Vorstand

Darmstadt, den 18.05.2009



Pressemitteilung der Qualitätsgemeinschaft Südheissischer Dermatologen zur Aktionswoche der QSD e.V. vom 18.05.2009-22.05.2009:

Die Honorarerlöse hessischer Hautärzte aus üblicher kassenärztlicher Tätigkeit sind zum zweiten Quartal 2009 um mehr als 25% und somit drastisch gesunken. Die Qualitätsgemeinschaft Südheissischer Dermatologen stellt sich mit einer Aktionswoche vor ihre Haut- und Allergiepatienten und fordert auch künftig eine finanziell adäquate Ausstattung der fachärztlichen Versorgung – gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende Allergiker-Hochsaison.

Die Qualitätsgemeinschaft Südheissischer Dermatologen e.V. stellt eine katastrophale Versorgungslage der Haut- und Allergiepatienten in Hessen aufgrund der Verwerfungen der so genannten Honorarreform fest, die zum Beginn des Jahres als Teil des GKV-Wettbewerbsstärkungs-Gesetzes (vulgo: Gesundheitsreform) in Kraft getreten ist.

Ziel der Reform war eine Honorarumverteilung nach politischen „hausarztfreundlichen“ Maßgaben, die im Ergebnis die fachärztliche Versorgung von Patienten insbesondere von so genannten „kleinen“ Fächern erheblich gefährdet.

Im Honorarverteilungsvertrag, den mit den Krankenkassen zu schließen die Kassenärztliche Vereinigung gesetzlich verpflichtet ist, heißt es:

„Zur Verhinderung einer übermäßigen Ausdehnung der vertragsärztlichen Tätigkeit wird je Quartal eine abrechenbare Menge vertragsärztlicher Leistungen vorgegeben (Regelleistungsvolumen, RLV).“

Dieses Mengensteuerungsinstrument ersetzt die früher bestehende „Budgetierung“ und teilt jedem Arzt ein maximal verfügbares Honorarvolumen pro Quartal zu. Bei niedergelassenen Hautärzten umfassen die mit diesem Regelleistungsvolumen abgegoltenen Leistungen alle Leistungen mit Ausnahme größerer Operationen, des Hautkrebsscreenings und bestimmter Laborleistungen.

Sämtliche anderen Leistungen wie Wundbehandlungen, Bestrahlungstherapien, Blutentnahmen, kleinere Operationen, sämtliche Beratungen und Untersuchungen, darunter auch alle Allergietestungen und -behandlungen, sind mit derzeit einem durchschnittlichen Fallwert von **€14,92** abgegolten, von dem alle dabei entstehenden Kosten in der Praxis zu decken sind. Die dem gegenüber stehenden Unterhaltskosten einer Hautarztpraxis in Hessen liegen, heruntergebrochen auf einen Patientenfall im Quartal, bei ca. 20-22€, d.h. derzeit ist die Behandlung der Patienten – allein zur Deckung der entstehenden Kosten - mit 5-7 Euro pro Quartal und Patient vom Arzt zu subventionieren, statt dass sich aus der Tätigkeit ein echter „Lohn“ der ärztlichen Tätigkeit ergeben könnte.

Die gleichzeitig eingeführte Ersetzung der im „Einheitlichen Bewertungs-Massstab“ (EBM) hinterlegten Punktmengen durch feste Eurobeträge für jede erbrachte Leistung im sogenannten Euro-EBM wird dadurch ad absurdum geführt, denn das Honorar für alle Leistungen oberhalb des Regelleistungsvolumens wird gekappt, egal mit welcher Geldmenge die Leistungen bewertet sind.

Der hessische, bundesweit für Hautärzte einzigartig niedrige RLV-Wert, ist alleine durch die neue Honorarsystematik nicht erklärlich (sind doch die Rahmenbedingungen für die Ermittlung der RLVs angeblich in allen KVen gleich). Dennoch weist die KV Hessen beharrlich darauf hin, dass sie

- keinen Einfluss auf die Gestaltung der RLVs habe und nur die Vorgaben der Politik umsetze,
- die Ärzte der geltenden Rechtslage nach die notwendigen Leistungen trotzdem zu erbringen haben, auch wenn die Honorierung nicht kostendeckend sei.

Wie eine solche Rechnung für Freiberufler unternehmerisch bei der oben genannten Quersubventionierung dauerhaft dargestellt werden soll, erläutern weder die KV noch die Kassen noch die Politik.

Die Folgen für die Gesetzlich Versicherten sind bei einer derart dramatischen Zuspitzung der seit Jahren bestehenden Unterfinanzierung evident: Kein Arzt kann dauerhaft die Behandlung seiner Patienten in dem gewohnten Umfang aufrecht erhalten, wenn er diese Qualität aus eigener Tasche bezahlen muss.

Die traditionell geringere Kopfpauschale der Kassen im zweiten und dritten Quartal (dort gebe es „weniger Kranke“) trifft insbesondere diejenigen Patienten mit voller Härte, die unter saisonalen Erkrankungen wie allergischem Heuschnupfen und allergischem Asthma leiden, denn eine adäquate oder gar den Leitlinien entsprechende flächendeckende Versorgung dieser Patienten ist mit dieser Finanzausstattung zur typischen Pollenflugzeit nicht mehr möglich. Das politische Credo einer Verbesserung der Versorgung allergiekranker Menschen wird damit nebenbei als weiteres gesundheitspolitisches Lippenbekenntnis entlarvt.

Um diesen eklatanten und dringlichen Missstand der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, hat sich QSD e.V. entschlossen, in der Woche vom 18.05.-22.05.2009 im Rahmen einer Aktionswoche seine Patienten und die politisch Verantwortlichen auf diese unbestreitbaren Fakten hinzuweisen. Leider wird es nicht möglich sein, in der gleichen Zeit einen Sprechstundenbetrieb aufrecht zu erhalten. Die Mitgliederpraxen von QSD werden ihre Patienten bitten, in dieser Zeit in unaufschiebbar dringenden Fällen die Ambulanz der Hautklinik Darmstadt-Eberstadt aufzusuchen.

Während es die geltende Rechtslage Vertragsärzten zumutet, 80% ihrer Leistungen zu einem Honorar weit unterhalb der Gestehungskosten zu erbringen, verbietet es dieselbe politisch motivierte geltende Rechtslage den Ärzten, wegen zu geringer Honorierung Leistungen zu verweigern oder zu „streiken“. Deshalb weist QSD e.V. vorsorglich darauf hin, dass während der Aktionswoche nicht gestreikt wird, sondern die Praxen offiziell Urlaub haben, für die sie, den geltenden Notdienstvorschriften zufolge, auch keine Vertreter bestellen müssen.

Diese Zustände sind unhaltbar und für Patienten wie Ärzte unerträglich. Die Südhessischen Dermatologen werden daher jede Möglichkeit nutzen, den Versicherten und Wählern vor der Bundestagswahl zu erläutern, welche Auswirkungen die Gesundheitspolitik der Großen Koalition auf die wohnortnahe fachärztliche Versorgung hat. Offenbar lässt sich nur auf diese Art der Druck erzeugen, der die politischen Gestalter zum Umdenken bewegt.

Darmstadt, im Mai 2009

Der Vorstand